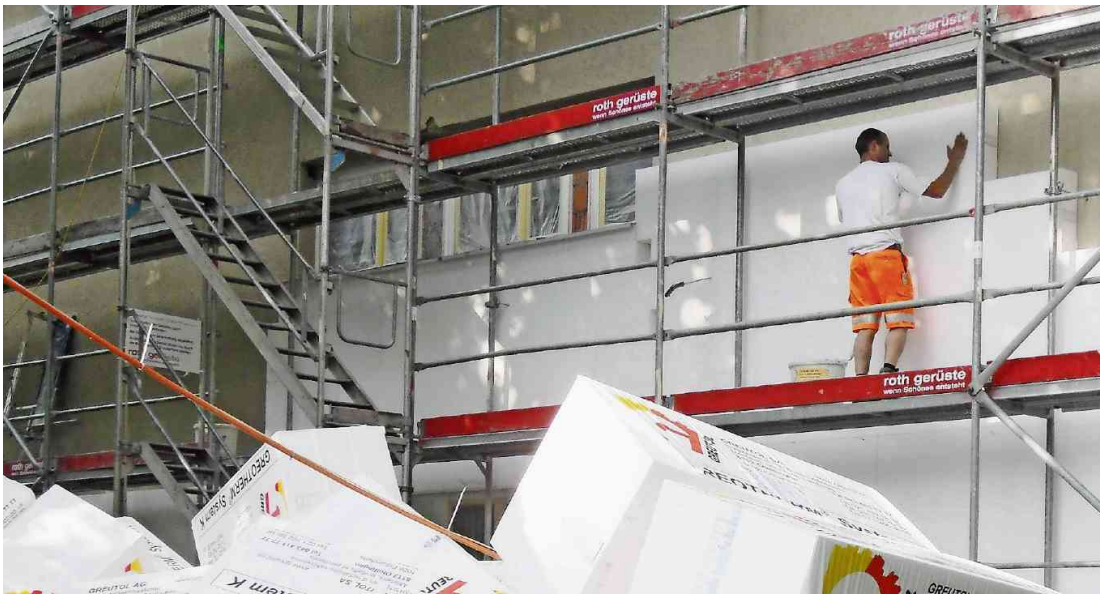


Erste Lesung zum totalrevidierten Energiegesetz



Die Totalrevision des Energiegesetzes soll mehr Fördermittel für Gebäudesanierungen beschaffen und so KMU-Aufträge Energieeffizienz kombinieren.

ARCHIV

Breite Allianz fürs Energiegesetz

Einzig die SVP stemmte sich im Landrat in erster Lesung gegen mehr Energie-Effizienz

VON DANIEL HALLER

Die Eintretensdebatte drohte zum grossen Rundumschlag auszuuffern: Andreas Trüssel (SVP) kritisierte den nach Fukushima beschlossenen Atomausstieg und die Energiewende als «200-Milliarden-Zerstörungsprojekt». Rahel Bänziger (Grüne) hielt dagegen, Atomstrom sei der am höchsten subventionierte Strom, was wiederum Hanspeter Weibel (SVP) auf den Plan rief, der auf den bestehenden Fonds für den Abbruch von AKWs verwies. Es brauchte das Votum von Hansruedi Wirz (SVP), der auf die sachliche Diskussion in der vorbereitenden Umweltschutz- und Energiekommission verwies, um die Debatte vom Grundsätzlichen auf das konkrete Traktandum herunter zu holen: das neue Baselbieter Energiegesetz.

Dieses befasst sich im Kern nicht mit der Stromversorgung - das ist Bundes-

sache - sondern mit dem Energiesparen bei den Gebäuden: Als Fortsetzung des bisherigen Baselbieter Energiepakets soll der Kanton die Fördermittel für die Energetische Gebäudesanierung aufstocken. Da die Kantonskassen leer sind, ist dafür eine Energieabgabe von 0,5 Rappen auf nicht erneuerbare Wärmeenergie vorgesehen. Wer also mit Öl oder Gas heizt, soll in den Topf einzahlen, mit dem dann wieder Fassaden- und Dachisolierung oder neue Fenster gefördert werden.

Da das Volk über die Energieabgabe sowieso abstimmen muss, ist diese als eigene Vorlage ausgegliedert. Das Energiegesetz wäre aber ohne sie nicht finanzierbar und somit zwecklos.

Mehr Details zum Landrat

Zu diesem Grundsatz herrschte weitgehend Einigkeit von links bis zur FDP. So argumentierte Urs Kaufmann (SP)

durch die Sanierung der Gebäude bleibe die Wertschöpfung im Kanton, statt dass man das Geld in die Östaaten schickt. Christoph Buser (FDP) konnte sich dem anschliessen und lobte das Gesetz, weil es Anreize im Sinn «Weg vom Öl» schaffe. Die Ausnahme bildete die SVP, doch sie unterlag mit ihrem Antrag, auf die Energieabgabe gar nicht einzutreten.

Grüne und SP hielten sich mit Änderungsanträgen zurück. Einzig Kaufmann forderte ein Verbot von Fracking für Schiefergas und -öl im Baselbiet. Damit unterlag er knapp mit 39 Ja zu 40 Nein bei einer Enthaltung.

Buser hingegen brachte seine zwei Anträge durch: Beide drehen sich darum, für Entscheide, die gemäss Entwurf die Regierung fällen sollte, die Kompetenz dem Landrat zu übertragen: bei der Einführung des Gebäudeausweises der Kantone (GEAK) und bei

der Übernahme der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (Muken).

In die gleiche Richtung zielte Trüssel, der ebenfalls eine Entscheidungskompetenz von der Regierung zum Parlament verlagern konnte. Ebenso erreichte er, dass die Anschlusspflicht für Wärmeverbände, die Gemeinden unter bestimmten Bedingungen hätten verfügen können, gestrichen wurde. Ebenso wurde auf SVP-Antrag die Möglichkeit, für industrielle und gewerbliche Einrichtungen einen Anteil erneuerbarer Energie zur Deckung des Energiebedarfs zu vereinbaren, aus dem Gesetz gekippt. Dabei spielte jeweils die bürgerliche Fraktionsdisziplin. Die Anträge gingen jeweils in einem ähnlichen Stimmenverhältnis von rund 50 zu 30 durch. Keinen Erfolg hatte die SVP mit dem Anliegen, das Verbot von Elektroheizungen zu verhindern.

◆ Aufsteller

Beispiellose Siegerserie

Es kommt auch nachträglich noch einem Wunder gleich, dass Fussballveteran Hannes Schweizer für die beispiellose Niederlagenserie des FC Landrat im vergangenen Jahrzehnt nie zur Rechenschaft gezogen wurde. Eisern verteidigte der SP-Linksausen (auf dem Fussballplatz) sein Multitmand als trainierender, festredender und -trinkender FCL-Captain. Doch seitdem sich FDP-Mittelfeldstrategie Michael Herrmann in die Tripelrolle als coachender und kassierender FCL-Spieler gepuscht hat, geht es mit den Resultaten plötzlich aufwärts. Nach dem 2:1-Sieg über die Roche-Direktion (viel Applaus im Landrat) ist fast schon von einer beispiellosen Siegerserie die Rede.

◆ Ablöscher

Zu fein für den Fussballplatz

Neben Herrmann (Jahrgang 1973) gibt es aber auch noch andere hoffnungsvolle Jungspunde im Landrat, die sich jedoch im Gegensatz zum Gelterkinder Ball- und Schienbeintreter nie und nimmer die Hände beziehungsweise Füße auf einem Fussballplatz schmutzig machen würden. Zu diesen gehört zweifellos CVP-Neuling und Kantonalpräsident Marc Scherrer. Der stets erstklassig gekleidete und tadellos geschmiedete Jung-Manager (Jahrgang 1986) aus dem Laental fühlt sich viel eher auf dem Golfplatz zu Hause. Prompt luden er und Herrmann gestern nach geschlagener Landratswahl die Räte zum Golfballschläger nach Rheinfelden ein.

AUS DEM LANDRAT

SVP-FRAKTION

Urs Schneider rückt für Urs Hess in Landrat nach

Da der Prättler SVP-Landrat Urs Hess nach 13 Jahren im Amt Ende Mai seinen Rücktritt gab, musste gestern sein Platz neu besetzt werden. Mit Urs Schneider stellte sich der Erstnachrückende der SVP im Wahlkreis Pratteln zur Verfügung und wurde entsprechend angebetet. Schneider ist 1974 geboren und sitzt bereits im Prättler Einwohnerrat. (BZ)

KESB

Gemeinderäte sollen in Kesb Einsitz nehmen

Gemeinderäte sollen im Baselbiet weiterhin dem Entscheidungsgremium der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) angehören dürfen. Der Landrat hat sich gestern in erster Lesung für eine entsprechende Gesetzesanpassung ausgesprochen. Der Konflikt entstand, weil Kesb-Mitarbeitende rechtlich als Gemeindeangestellte anzusehen sind und Mitglieder des Gemeinderates keine Gemeindeangestellte sein dürfen. Seit Sommer 2015 erteilt die Regierung entsprechenden Personen Ausnahmebewilligungen, wo dies möglich ist. Die Anpassung wurde von allen Fraktionen begrüsst. Neu geregelt werden soll mit der Revision des Gesetzes über die Einführung des Zivilgesetzbuches im Weiteren die Hinterlegung von Vorsorgeaufträgen. Diese sollen neu zentral beim Erbschaftsamt und nicht bei der Kesb hinterlegt werden. Damit werde eine feuer- und einbruchssichere Aufbewahrung sichergestellt. Mit Vorsorgeaufträgen kann eine urteilsfähige Person bestimmen, wer die notwendigen Angelegenheiten erledigen kann, wenn sie nicht mehr für sich selber sorgen kann und urteilsunfähig wird. (SDA)

SP-Nomination

Schweizer hat sich intern durchgesetzt

Gestern hat die SP bekannt gegeben, dass die Landratsfraktion Hannes Schweizer für das 2. Landratsvizepräsidium nominiert. Die Wahl findet am 30. Juni statt. Damit wird der Titterer in zwei Jahren voraussichtlich zum Landratspräsidenten erkoren. Ganz so harmonisch ist die Nomination allerdings nicht über die Bühne gegangen. Selbst aus dem Parteipräsidium hiess es im Vorfeld, «dass es unbestreitbar schwierig ist». So sprachen sich verschiedene Stimmen für eine jüngere Kandidatur als den 63-jährigen Schweizer aus. Schliesslich sei die Vergabe von Ämtern immer auch ein strategischer Entscheid. Mit dem Landratspräsidium könnte ein Sozialdemokrat für die Regierungswahlen 2019 positioniert werden. «Für diese Wahlen kommt Hannes aber sicher nicht mehr infrage», kommentiert ein SP-Mitglied.

Zudem gab gestern die Aescher SP-Landrätin Christine Koch ihren Rücktritt per Ende Juni bekannt. Erstrückender ist der Reinacher Gemeinderat Silvio Tondi, der sich aber «aus beruflichen Gründen noch Bedenken» ausbedungen hat. Zweitnackrückender wäre Kochs Sohn Jan Kirchmayr. (DBA)

Eine Lektion mehr Unterricht

Baselbieter Sekundarlehrer müssen weiterhin eine Lektion mehr pro Woche unterrichten. Der Landrat verlängert die Sparmassnahme unbefristet.

VON MICHAEL WIELAND

Baselbieter Sekundarlehrpersonen müssen weiterhin eine Lektion mehr pro Woche unterrichten. Der Landrat hat die im Rahmen des Sparpakets 2012/15 beschlossene Massnahme gestern unbefristet verlängert. Damit werden jährlich 3,5 Millionen Franken eingespart.

Der Landrat nahm die vor zwei Wochen unterbrochene Beratung des Geschäftes wieder auf. Die Ratsrechte hatte damals einen Abstimmungsvorgang bemängelt, bei dem die Landratsvorlage gegen einen Kommissionsvorschlag ausgespielt wurde. Gestern nun nahm der Rat knapp einen Rückkommensantrag der SVP-Fraktion an. Diese beantragte in der Folge, die Pensenerhöhung unbefristet festzulegen. Der Landrat stimmte dem mit 43 zu 41 Stimmen bei 1 Enthaltung zu. Die Fronten blieben dabei dieselben.

Der SVP-Antrag wurde von der FDP unterstützt. Dagegen sprachen sich die übrigen Fraktionen aus. Die Gegner argumentierten, dass mit einer befristeten Verlängerung auch der Druck bestehen bleibt, den Berufsauftrag zu überarbeiten. Die Überarbeitung des Berufsauftrags werde nötig, weil die Pensenerhöhung insgesamt nicht zu Mehrarbeit für die Lehrpersonen führen soll. Erwartet werde, dass die Zeit im Rahmen des Berufsauftrags in anderen Bereichen kompensiert werden kann.

Keine Hoffnung auf Besserung

Eine Befristung der Massnahme würde jedoch in zwei Jahren erneut zu Diskussionen führen, sagte Bildungsdirektorin Monica Gschwind. Ausserdem würde dies die Hoffnung wecken, dass die Lektionenzahl wieder reduziert werden könne. Die Finanzlage des Kantons sei jedoch unverändert angespannt. Eine Überarbeitung des Berufsauftrags erachtet jedoch auch die Regierung als notwendig. Diese brauche allerdings mehr Zeit, da die Sozialpartner unterschiedliche Ansichten hätten.

Nach dem äusserst knappen Landratsentscheid verschafften die Verlierer per Medienmitteilungen ihrem Ärger

Luft. Allen voran die SP fand deutliche Worte: «Mit dem Rückkommensantrag hat die SVP-Fraktion gezeigt, dass sie nicht in der Lage ist, Niederlagen zu akzeptieren.» Die «Verstärkung» der Pensenerhöhung sei eine knallharte Abbaumassnahme auf dem Rücken der Lehrer. Für die SP sei die Verknüpfung von Pensenerhöhung und Überarbeitung des Berufsauftrags zwingend. Die Arbeitsbedingungen für die Lehrer müssten verbessert werden.

Auch die CVP/BDP-Fraktion zeigt sich enttäuscht. Sie war mit ihrem Kompromissvorschlag gescheitert, die Pensenerhöhung nur für weitere drei Jahre zu verlängern und gleichzeitig den Berufsauftrag zu überarbeiten. Nun würden weitere vier bis sechs Jahre ins Land ziehen, bis dies geschehe. «Das ist ineffizient, kostet Geld und schafft Widersprüche.»

Die Erhöhung der Pflichtstundenanzahl für Lehrer an Sekundarschulen, Gymnasien und Berufsschulen hatte der Landrat 2011 im Rahmen des Entlastungspakets 2012/15 beschlossen. Entgegen dem Antrag der Regierung hatte das Parlament die Massnahme damals auf drei Jahre bis zum Schuljahr 2015/16 befristet. (SDA/BZ)